

Aktuelles aus dem Landtag

KW 16

Wirtschaftspolitische Offenbarungseid der Landesregierung

In dieser Woche debattierte der Landtag in einer Aktuellen Stunde über die Wirtschaftskrise in Nordrhein-Westfalen. Dabei machte die CDU-Landtagsfraktion deutlich: Die Nachricht, dass das Industrieland Nordrhein-Westfalen keinerlei Wirtschaftswachstum mehr zu verzeichnen hat, muss die Landesregierung aufrütteln. Das Nullwachstum trifft alle Menschen in diesem Land. Die Kinderarmut steigt. Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz und Arbeitslose finden keinen Arbeitsplatz. Nicht zuletzt ruiniert die chronische Wirtschaftsschwäche die Finanzen der Städte und Gemeinden in unserem Bundesland.

Wenn die Wirtschaft in allen anderen Ländern wächst, nur in Nordrhein-Westfalen nicht, dann hat das ganz offenkundig auch mit Landespolitik zu tun. Aber die Ministerpräsidentin nimmt das Nullwachstum als unabwendbares Schicksal hin. Die Schuld an der Misere wird überall in der Welt festgemacht – nur nicht in Nordrhein-Westfalen. Eine Landesregierung, die meint, an der Wirtschaftsschwäche nichts ändern zu können, hat jeglichen Gestaltungsanspruch aufgegeben. Diese Einstellung kommt einem wirtschaftspolitischen Offenbarungseid gleich.

Nach dem Schock des Nullwachstums gilt es jetzt zu handeln. In den Bereichen Bürokratieabbau, Verkehr und Digitalisierung müssen neue Wege eingeschlagen werden. Doch stattdessen streitet die Landesregierung über zentrale Fragen, die über die Zukunft der Wirtschaft und damit die Perspektiven von Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen entscheiden: Sei es die Zukunft der Stahl- und Kohleindustrie, der Bundesverkehrswegeplan oder die Ansiedlung von Gewerbeflächen: zu alledem gibt es keine einheitliche Position der Landesregierung. Das lähmt unser Land. Die Ministerpräsidentin muss führen und die nötige Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik einleiten. Das Schweigen der Ministerpräsidentin löst die Probleme genauso wenig wie das Schönreden ihres Wirtschaftsministers.

Nordrhein-Westfalen hat keine Zeit für rot-grünen Streit

Die maroden Verkehrswege in Nordrhein-Westfalen sorgen für verminderte Mobilität der Bürger, weniger Wirtschaftswachstum, verlorene Arbeitsplätze und nicht zuletzt auch mehr Umweltverschmutzung. Der Ausbau der Infrastruktur ist für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen daher ein zentrales Zukunftsprojekt. Der Bund stellt nun bis 2030 allein für den Neu- und Ausbau der Bundesfernstraßen Milliarden im zweistelligen Bereich zur Verfügung. Das ist eine riesige Chance für unser Bundesland, die Leistungsfähigkeit unserer Infrastruktur wiederherzustellen.

Die Landesregierung muss umgehend die Planungen forcieren, um alle Bundesmittel für unser Land abrufen zu können. Dafür braucht es einen Masterplan zur Beschleunigung und Priorisierung der Projektplanungen. Doch der rot-grüne Streit um den Bundesverkehrswegeplan lähmt die Koalition. Erst gegen Ende des Jahres wollen sich die Regierungspartner einigen. Diese Zeit hat Nordrhein-Westfalen nicht.

Die CDU Nordrhein-Westfalen hat in Berlin erfolgreich dafür gekämpft, dass unser Land mehr Bundesmittel erhält. Jetzt muss die Ministerpräsidentin ihre Landesregierung schnell zu einer gemeinsamen Linie führen. Denn: die Bundesgelder müssen in vollem Umfang nach Nordrhein-Westfalen fließen, damit auch der Verkehr an Rhein, Ruhr und Wupper endlich wieder fließt.

Die Bundesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht – jetzt ist die nordrhein-westfälische Landesregierung am Zug. Was im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans steht, stimmt mit der Finanzprognose für den Verkehrshaushalt des Bundes überein. Nordrhein-Westfalen kann sich deshalb darauf verlassen, dass die vordringlichen Verkehrsprojekte in den kommenden Jahren vom Bund vollumfänglich finanziert werden. Dafür brauchen wir aber effiziente und schnelle Planungsverfahren, für die das Land die Verantwortung trägt.

Caritas ist verlässlicher Partner für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Am 20.4.2016 empfing der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Armin Laschet gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen seiner Fraktion in Düsseldorf die Direktoren der nordrhein-westfälischen Caritas-Diözesen zu einem Spitzengespräch. Im Mittelpunkt des Austauschs standen die Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen und die auskömmliche Finanzierung von Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen.

Die Caritas ist bei der Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, in der Altenpflege und bei der Betreuung wie auch Unterbringung von Flüchtlingen ein starker und verlässlicher Partner in Nordrhein-Westfalen. Wir sind für das andauernde und umfassende Engagement der Caritas für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sehr dankbar. Die Anregungen aus praktischer Arbeit sind wichtige Impulse für unsere parlamentarische Arbeit.

Das Gespräch hat die großen Gemeinsamkeiten zwischen CDU und Caritas deutlich gemacht. Wie die Caritas warnen wir schon lange davor, dass aufgrund der dauerhaften Unterfinanzierung der Kindertageseinrichtungen durch das Land viele Einrichtungen von der Schließung bedroht sind. Die Qualitätsfrage rückt zunehmend aus dem Blickfeld – das darf nicht sein. Ähnliches gilt für die Altenhilfe. Bei der Integration der Flüchtlinge in Bildung und Arbeitsmarkt setzen wir auf die Caritas als starken Partner.

Lehrstunde der Inneren Sicherheit

Die Festnahme von zwei jugendlichen Salafisten, die für den Anschlag auf einen Sikh-Tempel in Essen am vergangenen Samstag verantwortlich gemacht werden, ist aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion eine Lehrstunde der Inneren Sicherheit. Einerseits freuen wir uns mit den Opfern und ihren Familien, dass die mutmaßlichen Attentäter von Essen gefasst sind. Den beteiligten Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden gebührt Dank für ihren mutigen Einsatz. Andererseits führen die Umstände deutlich vor Augen, wie wichtig es ist, die Polizei mit den richtigen Einsatzmitteln auszustatten. Die Tatverdächtigen konnten mittels Videoaufnahmen ermittelt werden. Das zeigt den enormen Nutzen dieser Technik. Die rot-grüne Landesregierung muss deshalb endlich ihre ideologischen Vorbehalte gegen die Kameraeobachtung im öffentlichen Raum ablegen, die in der aktuellen Stunde zur Videoüberwachung im ÖPNV am Mittwoch wieder deutlich geworden sind. Dass SPD und Grüne nach der Kölner Silvesternacht die polizeiliche Videoeobachtung an fünf weiteren Orten ermöglichen wollen, ist schön und gut. Für ein großes Flächenland wie Nordrhein-Westfalen reicht das aber bei weitem nicht.

Bezeichnend für die Situation der Inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen ist zudem, dass die Fahnder zur Klärung der Tathintergründe auf eine Datenbank des Bundesamtes für Verfassungsschutz angewiesen sind, weil die NRW-Behörden die Daten von jugendlichen Gefährdern nicht speichern dürfen. Während die Sicherheitsbehörden des Bundes sich einmal mehr gut gerüstet für die Terrorabwehr zeigen, bleibt Nordrhein-Westfalen bei der Fahndung nach mutmaßlichen Terroristen auf glückliche Zufälle und Hilfe von außen angewiesen.

Blaue Plakette: Falsches Zeichen und unausgegorener Plan

Der Vorstoß der Bundesumweltministerin Hendricks (SPD) und Landesumweltminister Rammel (GRÜNE) für ein Fahrverbot von Dieselfahrzeugen in unseren Innenstädten unterstreicht die unausgegorene Verbotspolitik von Rot-Grün. Über 95 Prozent aller Dieselfahrzeuge würden aus unseren Innenstädten verbannt. Dieser Bannkreis betrifft Unternehmer, Mittelständler und Berufspendler gleichermaßen, die sich keinen sofortigen Umstieg auf ein neues und teures Auto mit der Schadstoffnorm Euro 6 leisten können. Die geplante Einführung einer Blauen Plakette ist kurzsichtig und völlig unüberlegt, wirtschaftsfeindlich und vor allem unsozial.

Aus diesem Grund hat die CDU-Landtagsfraktion in einem gemeinsamen Antrag mit der FDP diese Verbots-Initiative abgelehnt und stellt Alternativen dar: Sie setzt bei den Neufahrzeugen an. Die umweltfreundliche Technik steht der Automobilindustrie zur Verfügung. Diese muss nun konsequent angewandt werden. Darüber hinaus will die CDU-Landtagsfraktion die eine Emission nicht gegen die andere ausspielen. Statt immer neuer Verbote brauchen wir steuerliche Anreize zur Modernisierung des Fahrzeugbestandes. Zudem: Wer Stop & Go in den Städten verhindert, reduziert die Stickoxidemissionen um mehr als die Hälfte. Auf diese Fragen sowie auf die Frage der Investitionen in einen attraktiven ÖPNV liefern Rot und Grün keine Antwort.